

Rüstungshaushalt senken/ Redebeitrag von Joachim Dillinger für die GEW-Berlin bei der Abschlussveranstaltung der DFG-VK am 13.5.06 am Pariser Platz in Berlin

Warum unterstützt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft die Kampagne der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen „Rüstungshaushalt senken“?

Warum spricht heute ein Lehrer auf dem Pariser Platz in Berlin?

Zunächst zu meiner Person:

Ich bin Berufsschullehrer am Oberstufenzentrum für Verkehr, Wohnungswirtschaft und Steuern in Berlin-Tempelhof. In der GEW arbeite ich seit vielen Jahren im Arbeitskreis Friedenserziehung und Friedenspolitik. An unserer Schule werden Logistikkaufleute, Reiseverkehrskaufleute, Wohnungsmakler und Wohnungs-verwalter sowie Steuerfachgehilfen im dualen System ausgebildet. Dual wird diese Ausbildung deshalb genannt weil die Ausbildung sowohl im Betrieb als auch in der Berufsschule erfolgt. Gleichzeitig nehmen die Oberstufenzentren alle Schülerinnen und Schüler auf, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben. Diese Schüler besuchen entweder die Berufsfachschule oder werden in unserem Hause und in unserer Regie z.B. zur Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation ausgebildet.

Während der Anteil der Jugendlichen, die dual ausgebildet werden ständig zurück geht, nimmt der Anteil der Vollzeitschüler stetig zu. Darüber hinaus werden unter den verschiedensten Bezeichnungen Lehrgänge für solche Jugendlichen angeboten, die sich erfolglos um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz bemüht haben. Wir sprechen hier von Schülerinnen und Schülern in Warteschleifen oder auf Parkplätzen.

Ihr könnt euch vorstellen, dass die Arbeit mit solchen Jugendlichen nicht einfach ist. Die Klassen sind zu groß, die Schüler wenig motiviert, die Lehrkräfte überfordert. Zustände wie sie uns in den Medien von der Rütli-Schule in Neukölln oder von der Pommern-Schule in Wilmersdorf vorgeführt werden, sind auch in diesen Klassen keine Seltenheit. Gewalt unter Schülern, Gewalt gegen Lehrkräfte und Vandalismus sind auch bei uns ein Thema. Polizeieinsätze sind bisher allerdings die Ausnahme geblieben.

Als Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordern wir deshalb:

- Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen
- Betriebe, die nicht selbst ausbilden müssen gesetzlich zu einer Ausbildungsabgabe gezwungen werden
- Spürbare Entlastung der Lehrkräfte
- Reduzierung der Klassenfrequenzen auf 18 Schülerinnen und Schüler

Wo die rot-grüne Koalition total versagt hat und wo bei der schwarz-roten Koalition überhaupt kein Wille zur Veränderung in der Bildungspolitik erkennbar ist, kann nur der Druck außerhalb des Parlaments eine Änderung der Bildungspolitik bewirken. Von Frankreich lernen, heißt hier vielleicht auch siegen lernen!

Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Unterstützung der Kampagne „Rüstungshaushalt senken“ für die Bildungslandschaft?

In den 70iger Jahren ging die Friedensbewegung u.a. auch mit der Losung auf die Straße „In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nicht“.

Diese Feststellung hat an Aktualität leider nichts verloren. Jeder Euro, der dem Militär genommen wird, kann im Bildungsbereich eine friedliche Zukunft sichern!

Die Forderung nach einer Reduzierung der Rüstung ist aber noch aus einem anderen Grund von Bedeutung. Die gegenwärtige Situation in der Welt ist durch eine massive militärische Aufrüstung gekennzeichnet. Von der nach 1989 erhofften Friedensdividende ist keine Spur zu finden.

Die Lösung bestehender Konflikte durch den Einsatz militärischer Gewalt wird offen propagiert. An der Spitze der Gewalttäter steht die gegenwärtige US-Regierung. Welche schrecklichen Folgen Kriege haben, können wir den täglichen Fernsehberichten über die Situation im Irak entnehmen.

Der Zusammenhang zwischen der militärischen Gewalt und der Gewalt in unserer Gesellschaft wird dabei viel zu wenig beachtet. Wenn gebildete Politiker die Lösung von Konflikten in Gewalt und Krieg sehen, wer will es dann Jugendlichen verdenken, wenn sie auch im täglichen Umgang Gewalt als das Lösungsmittel ihrer Probleme ansehen.

Jeder Senkung der Rüstungsausgaben kommt daher auch eine hohe symbolische Bedeutung zu!

Gewalt und Krieg sind keine Lösungen!

Die globalen Probleme können nur dann einer Lösung näher gebracht werden, wenn die Politiker im eigenen Land damit beginnen Militär abzubauen und friedliche Produktionen zu fördern. Die Entwicklung und Förderung alternativer Energien zum Öl kommt dabei große Bedeutung zu.

Eine Wende in der Rüstungspolitik ist dringend erforderlich. Der aktuelle Konflikt mit dem Iran wäre lösbar, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Verbündeten mit einer atomaren Abrüstung ein Beispiel geben würden.

Nur eine Politik, die allen Staaten in Nahost eine friedliche Zukunft sichert, wird von uns unterstützt.

Die Forderung an unsere deutsche Regierung kann daher nur lauten:

Frau Merkel machen sie Herrn Busch keine schönen Augen, sondern animieren sie ihn für eine andere Politik indem sie zusammen mit ihrem Koalitionspartner in Deutschland die Rüstungsausgaben senken.

Eine große Zahl von Mitgliedern in allen Parteien und eine noch viel größere Zahl von Menschen außerhalb der Parteien werden sie bei einer solchen Abrüstungsinitiative unterstützen!

Die Forderungen an unsere Regierung in Berlin sind deshalb:

Rüstung senken!

Demokratische Bildung sichern!

Soziale Gerechtigkeit entwickeln!

Berlin, den 13. Mai 2006